

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Kurt Wansner (CDU)**

vom 05. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Juli 2022)

zum Thema:

**Kosten für das Volksbegehren und den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“**

und **Antwort** vom 18. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2022)

Herrn Abgeordneten Kurt Wansner (CDU)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12 484  
vom 5. Juli 2022  
über Kosten für das Volksbegehren und den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co.  
enteignen“

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Fragestellung betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Die Landesabstimmungsleitung und die Bezirksämter wurden daher um Stellungnahme gebeten.

1. Welche Kosten sind dem Land Berlin durch das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ entstanden (bitte um Aufzählung)?

Zu 1.:

Anlässlich des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sind Kosten für den Druck von Unterlagen (Unterschriftsliste, Unterschriftsbogen, Zusatz zur Unterschriftsliste, Bekanntmachung etc.) in Höhe von rund 10.500 Euro entstanden.

Der Personalaufwand wurde durch das Bestandspersonal bei der Geschäftsstelle der Landesabstimmungsleiterin und den Bezirksämtern abgedeckt. Eine differenzierte

Personalkostenaufzeichnung für das Volksbegehren erfolgte nicht. Im Hinblick auf den Personalaufwand fällt bei den Bezirken insbesondere die Prüfung der Unterstützungsunterschriften ins Gewicht. Ausgehend von einem Aufwand von etwa 2 Euro pro geprüfter Unterschrift wäre bei rund 273.000 geprüften Unterschriften von einem bezirklichen Personalaufwand in Höhe von mindestens 546.000 Euro auszugehen.

2. Welche Kosten sind dem Land Berlin durch den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ entstanden (bitte um Aufzählung)?

Zu 2.:

Aufgrund der Zusammenlegung der Abstimmung über den Volksentscheid mit den Wahlen 2021 sind vergleichsweise geringe zusätzliche Kosten für die Durchführung entstanden. Die diesbezüglichen Kosten belaufen sich auf rund 611.000 Euro. Die Mehrkosten beziehen sich auf den Druck der Stimmzettel (rund 13.900 Euro) und der Amtlichen Information (rund 170.000 Euro) sowie auf erhöhte Portokosten, die durch den zeitgleichen Versand der amtlichen Mitteilung mit der Wahlbenachrichtigung eingetreten sind (rund 428.000 Euro).

Berlin, den 18. Juli 2022

In Vertretung

Torsten Akmann

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport